Nummer 189 — 29. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „Sächs. Bauern-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagsnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Todzahl, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonntag, den 17. August 1930

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: Franz Wangorn, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2203. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Unzufriedenheit mit Genf

Italiens Reformvorschläge für das Völkerbundssekretariat

Der mangelhafte Minderheiten-Bericht

Paris, 16. August.

Der Excelsior wird berichten können, daß das Eintreffen des italienischen Memorandums beim Völkerbund große Sensation hervorgerufen habe, und wohl bei der Septembertagung zur Erörterung kommen werde. Obwohl der Text des Memorandums geheimgehalten werde, wisse man, daß die italienische Regierung wichtige Einwendungen gegen die Organisierung des internationalen Arbeitsamtes und gegen den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag vorbringe und eine völlige Reform des Völkerbundssekretariats ins Auge fasse. **Die italienische Regierung betrachte die Befugnisse des Generalsekretärs Sir Eric Drummond (England) und des stellvertretenden Generalsekretärs Avenol (Frankreich) als zu ausgedehnt und kritisiere, daß 40 Prozent der höheren Völkerbundsbeamten Engländer oder Franzosen seien.**

Die italienische Regierung wünsche die Schaffung einer Art Ministerrat unter dem Vorsitz von Sir Eric Drummond, dem aber nicht nur Avenol zur Seite stehen solle, sondern auch Dufour-Feronce (Deutschland), Paolucci (Italien) und Sugimura (Japan). Die Zahl der stellvertretenden Völkerbundssekretäre solle auf 8 erhöht werden. Von diesem neuen Organismus sollten alle politischen und finanziellen Fragen behandelt werden.

Genf, 15. August.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht zum ersten Male eine Gesamtübersicht über die im Laufe des Jahres beim Völkerbund eingegangenen und behandelten Minderheitenbeschwerden. Die Veröffentlichung erfolgt auf Grund der Madrider Ratsentscheidung vom vorigen Juni, in der als grundlegende Neuerung des Minderheitenvertrages die Bekanntgabe beschlossen wurde. Die statistische Uebersicht des Völkerbundssekretariats gibt folgende kurze Angaben:

57 beim Völkerbundssekretariat eingegangene Beschwerden, davon 26 als unzulässig erklärte, 14 Sitzungen der Minderheitenausschüsse, 29 im Laufe des Jahres erledigte Minderheitenbeschwerden.

Diese ungewöhnlich knappe und unübersichtliche Gesamtübersicht muß als eine völlige Irreführung der öffentlichen Meinung durch das Völkerbundssekretariat aufgefaßt werden. Die Uebersicht gibt in keiner Weise irgendwelche Anhaltspunkte, in welcher Zeit die Beschwerden eingegangen und aus welchen Gründen sie abgelehnt sind, und welches das Schicksal der behandelten Beschwerden gewesen ist.

Diese Art der Behandlung der Minderheitenbeschwerden steht im schroffsten Gegensatz zu dem Sinne und Wesen der Madrider Neuordnung des Minderheitenverfahrens. Damals war nach endloser Aussprache im Verfolg des Locarnovorstoßes Dr. Stresemanns beschlossen worden, daß der Generalsekretär des Völkerbundes alljährlich eine eingehende Gesamtübersicht über das Schicksal der gesamten, beim Völkerbund eingegangenen Minderheitenbeschwerden veröffentlichen soll. Das Völkerbundssekretariat, in dem jedoch die minderheitenfeindliche Tendenz heute nach wie vor vorherrschend ist, hat diese Ratsentscheidung in seinem Sinne ausgelegt und veröffentlicht nunmehr die erste Gesamtübersicht, die in keiner Weise als eine Durchführung der Madrider Ratsentscheidung anzusehen ist. Es wird daher in weitesten Minderheitenkreisen angenommen, daß die an den Minderheitenfragen interessierten Regierungen auf der Vollversammlung des Völkerbundes Einspruch gegen diese einseitige und willkürliche Auslegung von Ratsentscheidungen durch den Ratssekretär erheben werden.

Ruhrbergbau kündigt Lohntarif

Die schlechte Wirtschaftslage

Essen, 16. August.

Der Zechenverband wird, wie er bekanntgibt, die im Ruhrbergbau bestehende Lohnordnung zum 30. September kündigen, um mit den Gewerkschaften in eine Erörterung über eine Produktionskostensenkung einzutreten, die im Hinblick auf die Entwickelung des Umsatzes und der Preise unumgänglich ist.

In welchem Ausmaß eine Herabsetzung der Löhne gefordert werden wird, ist zurzeit noch nicht bekannt. Der schon von anderer Seite genannte Satz von 10 v. H. hat jedoch einige Wahrscheinlichkeit für sich. Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften werden in der nächsten Woche erstmals zu Verhandlungen zusammentreten. Eine rasche Entscheidung wird als dringend notwendig bezeichnet. Zurzeit liegen nicht weniger als 8,9 Millionen Tonnen auf den Halden bzw. in den Lägern des Syndikates. Weit mehr als eine Monatsförderung ist gestapelt. Nach Angaben beteiligter Kreise beläuft sich die zinsmäßige Belastung aus dieser Stapelung allein auf 10 Pf. je Tonne der gesamten absatzfähigen Förderung. Allein die Zinsen für die Haldenbestände — die normale Halden- und Lagermenge ist in der Berechnung abgesetzt — erfordern damit ein Achtel der im letzten Jahre vorgenommenen Gewinnausschüttungen.

Noch deutlicher wird die Lage des Ruhrbergbaues, wenn man neben dem rapiden Anwachsen der Haldenbestände den Rückgang der Förderung in Rechnung stellt. Die Förderung ist von 10,9 Millionen Tonnen im Januar auf etwa 8 Millionen Tonnen im Durchschnitt der letzten beiden Monate zurückgegangen, während im Jahre 1929 durchschnittlich 10 Millionen Tonnen monatlich gefördert wurden. Die Einschränkung der gesamten Betriebe beläuft sich also auf rund 20 v. H. Im Juli waren schätzungsweise nur 326 000 Mann gegen 335 000 Mann im Juni und gegen 383 000 Mann im Januar beschäftigt. Falls die beantragten Entlassungen durchgeführt werden, rechnet man für Mitte August mit einer Belegschaft von etwa 322 000 Mann. Danach wären also in dem halben Jahre seit Ende 1929 schon über 60 000 Mann entlassen. In diesen Ziffern kommen aber, so erklärt man, die Absatzschwierigkeiten durchaus noch nicht voll zum Ausdruck. Die absolute Zahl der Feierschichten hat im Monat Juli gegenüber dem Vormonat eine Verdoppelung erfahren, und zwar von 677 000 auf 1 135 000.

Drohende Entlassungen in Sachsen

Die Bemühungen der Direktion der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen A.-G. in Freital um weitere Aufträge dauern mit Unterstützung der Stadt Freital und des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums unvermindert an. Sie haben aber bisher noch in keiner Richtung zu irgend einem Ergebnis geführt. Die 900 Arbeiter, deren Entlassung angekündigt worden ist, sind vorläufig noch im Betrieb, aber es ist nicht vorauszusehen, wie lange und in welchem Umfange sie weiter beschäftigt werden können. Der Stillegungsantrag ist bekanntlich bereits eingereicht.

Wie die kommunistische Dresdner „Arbeiterstimme" meldet, sollen am kommenden Montag bei der Dresdner Straßenbahn 180 Straßenbahner, und zwar Aushilfskräfte, entlassen werden. Weiter sollen im Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden bis zum Ende dieses Jahres 2377 Eisenbahner, sowie sämtliche Zeit- und Aushilfsarbeiter, insgesamt etwa 7000 Mann, zur Entlassung kommen. — Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Deutschland — Finnland

Direkte Verhandlungen über den Handelsvertrag.

Berlin, 16. August.

Das Reichskabinett hat gestern beschlossen, in direkten Verhandlungen mit Finnland zu versuchen, zu einer Regelung der umstrittenen Handelsvertrags-Fragen zu gelangen, die den deutschen Wünschen und Interessen entspricht. Zu diesem Zwecke wird ein Sonderdelegierter nach Helsingfors entsandt werden.

Tiefstand des amerikanischen Außenhandels

Neuyork, 16. August. Der amerikanische Außenhandel zeigte im Monat Juli den tiefsten Stand seit zehn Jahren. Die Ausfuhr betrug 269 Millionen Dollar, die Einfuhr 219 Millionen, d. h. in beiden Fällen über 30 v. H. weniger als im Juli 1929.

Europa und Asien

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

W. H. Gibt es wirklich eine ausgleichende Gerechtigkeit im Völkerleben? Wir haben lange mit Neid auf Amerika geblickt, dessen Lebenskurve im Weltkriege steil emporstieg und dessen Prosperität ein scheinbar unerschütterliches Axiom der Weltwirtschaft wurde. Wir erinnern uns, daß England den Krieg nicht zuletzt im Hinblick auf die Niederzwingung der deutschen Handelskonkurrenz geführt hat, und daß es dieses Ziel scheinbar restlos erreichte. Heute aber stehen Sieger und Besiegte, Reparationszahler und -empfänger unter dem gleichen Druck einer Weltwirtschaftskrise, deren Wurzeln 1919 gelegt wurden, und deren Umsichgreifen nach angelsächsischem Eingeständnis wesentlich den Reparationslasten und der erzwungenen Anormalität der deutschen Wirtschaftslasten zuzuschreiben ist. In Berlin berät Brüning, in London Mac Donald und in Washington Hoover mit den zuständigen Kreisen über die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, über die Erweiterung des Absatzes und die Ankurbelung der Industrien, über die Rettung der Landwirtschaft und die Erhaltung des sozialen Friedens. Das empfindliche Netz der Weltwirtschaft ist an allen seinen Hauptsträngen in Unordnung geraten, niemals wurde uns die Verflechtung der Kontinente sinnfälliger und überzeugender vor Augen geführt.

Freilich, es sind nicht nur Reparationen und politische Unrast, welche den normalen Wirtschaftsablauf hemmen. Der große Kalkulationsfehler der Industrieländer war es, mit dem ständigen Steigen des Weltbedarfs im Vorkriegstempo zu rechnen, und nun stehen sie vor einer schweren Diskrepanz zwischen Wirtschaftskapazität und Absatzmöglichkeiten. Amerikas genial ausgeklügelte Rationalisierung hatte so lange Sinn und Erfolg, als der innere Markt — wenn auch nur im Wege weitgehender Kreditgewährung — aufnahmefähig blieb und neue Auslandsmärkte winkten. Die aber waren nur zu gewinnen, wenn entweder England, einst die Fabrik der Welt, seine Produktion einschränkte, und Deutschland gehandicapt blieb, oder wenn man neue Massen zu den Bedürfnissen der Zivilisation erzog. Die Expansions- und Kolonialpolitik der früheren Großmächte richtete sich in erster Linie auf diese Erweiterung der Märkte, und niemand vermag zu sagen, wie weit dieses Ziel ohne den Weltkrieg heute tatsächlich erreicht wäre. Im Kriege aber nahmen die wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen zahlreicher Kolonien und Halbkolonien einen gewaltigen Umfang an, und heute sind die Dominien Englands und die fortgeschrittenen Staaten Ibero-Amerikas auf dem besten Wege, sich industriell unabhängig zu machen. Nur die eigentlichen Kolonialländer Asiens und Afrikas schienen der abendländischen Produktion noch unübersehbare neue Möglichkeiten zu bieten.

Daß auch dieser Markt heute versagt, gehört mit zu den Gründen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Man behauptet nicht zuviel, daß mehr als die Hälfte der Menschheit heute noch — oder heute wieder! — aus dem allgemeinen Produktionsprozeß ausgeschaltet ist und für die wirtschaftliche Expansion der großen Industrieländer kaum in Betracht kommt. Der russische Markt mit seinen 150 Millionen Konsumenten liegt heute unter dem lähmenden Druck der kommunistischen Zwangswirtschaft, die jedes Luxusbedürfnis verneint, jeden Import überwacht und mit einem systematisch aufgebauten Jahresplane versucht, in kurzer Zeitspanne Rußland wirtschaftlich autark zu machen. Der abendländische Import nach Rußland ist gegenüber der Vorkriegszeit auf weniger als ein Viertel seines Umfanges zurückgegangen, und er wird in gleichem Maße weiter schwinden, als mit ausländischer Unterstützung und Anleitung die fehlenden Industriezweige ergänzt werden, und die russische Produktion ihrerseits ein gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt wird. Der indische Boykott gegen europäische, vor allem englische Waren, hat Hunderttausende britischer Arbeiter brotlos gemacht, und die Textilindustrie Lancashires kann ihre Pforten schließen, wenn es der englischen Regierung nicht bald gelingen sollte, einen modus vivendi mit dem Gandhismus zu finden. In China aber, wo man erwartet hatte, daß nach der Bildung einer stabilen Zentralregierung eine gewaltige Nachfrage nach europäischen

Heute:

- Heimat und Welt (Ill. Wochenbeilage)
- Katholische Sachsenjugend
- Unterhaltung und Wissen
- Das gute Buch
- Aerztlicher Ratgeber
- Turnen, Sport und Spiel